



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0803/2012**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 29.03.2012

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Gerhard Merz, MdL und Klaus-Dieter Grothe

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Stadtverordnetenversammlung	29.03.2012	Entscheidung

Betreff:

**Aktuelle Vorgänge innerhalb des Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM)
- Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 -**

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen beobachtet mit großer Besorgnis die Vorgänge innerhalb der Universitätsklinikum Gießen-Marburg GmbH (UKGM). Sie teilt die tiefe Sorge der Beschäftigten, des Betriebsrates, der Leitung des Fachbereichs Humanmedizin und des Präsidiums der Justus-Liebig-Universität Gießen darüber, dass durch die innerhalb des Rhön-Konzerns ausgetragenen Machtkämpfe um die strategische Ausrichtung der Konzernpolitik der Zukunftsfähigkeit des Klinikums als eines Hauses der Maximalversorgung, als eines herausragenden Zentrums für medizinische Forschung und Lehre und als bedeutsamen Wirtschaftsfaktors der Region nachhaltig Schaden zugefügt werden könnte.
2. Die Stadtverordnetenversammlung warnt vor einer Konzernstrategie, die sich offensichtlich ausschließlich an kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Zielen orientiert und deren Ziel es ist, ohne Rücksicht auf die Folgen für Patienten, Beschäftigte, Forschung und Lehre kurzfristig Gewinne zu erwirtschaften.
3. Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Leitung der Rhön AG und UKGM GmbH, zu der Politik der vertrauensvollen Kooperation mit allen Beteiligten - insbesondere dem Betriebsrat, dem Fachbereich Humanmedizin und der Universität - zurückzukehren und die Weiterentwicklung der UKGM GmbH im Konsens und mit Blick auf die langfristigen und umfassenden Sicherung des Klinikumsstandorts voranzutreiben.
4. Die Stadtverordnetenversammlung sieht keinen Spielraum für einen massiven Abbau

von Arbeitsplätzen ohne drastische Einbußen bei der Qualität der Patientenversorgung in Behandlung und Pflege und bei der Qualität der wissenschaftlichen Forschung, Lehre und Ausbildung. Sie erklärt sich insofern solidarisch mit dem Widerstand der Beschäftigten des Klinikums und der Gremien des Fachbereichs und der Universität.

5. Die Stadtverordnetenversammlung erinnert daran, dass die Rhön AG bei der Übernahme des Universitätsklinikums vertragliche Verpflichtungen zur Garantie des Standorts und der Beschäftigten eingegangen ist, die einzuhalten sind. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von der Landesregierung, dass sie mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln auf die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und auf die Sicherung einer optimalen Krankenversorgung, guter Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre sowie eines Maximums an Beschäftigung durch die UKGM GmbH und die Rhön AG hinwirkt.“

Begründung:

Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg ist in gesundheits-, wissenschafts- und hochschul- sowie strukturpolitischer Hinsicht für die gesamte Region, vor allem aber für die Stadt Gießen von überragender Bedeutung. Deshalb haben die Vorgänge der letzten Tage und Wochen inner- und außerhalb Gießens große Verunsicherung und Besorgnis ausgelöst. Es ist daher unerlässlich, dass sich auch die Stadtverordnetenversammlung mit diesem Thema beschäftigt und Stellung bezieht.

Gerhard Merz, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender

Klaus-Dieter Grothe
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen